
158/A(E) XXVIII. GP

Eingebracht am 26.03.2025

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten David Stögmüller, Meri Disoski, Freundinnen und Freunde

betreffend das konsequente Einsetzen für die Menschenrechte der LGBTIQ+ Community auf europäischer und internationaler Ebene

BEGRÜNDUNG

Die ungarische Regierung hat ein faktisches Verbot aller Pride-Paraden in Ungarn beschlossen, ein Schritt, der einen eklatanten Verstoß gegen die Grundwerte der Europäischen Union darstellt. Die Einschränkung der Versammlungsfreiheit von LGBTIQ+-Personen verletzt fundamentale Menschenrechte und steht im Widerspruch zu den Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung, die in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) verankert sind.

Ungarn steht bereits seit Jahren wegen massiver Verstöße gegen rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien in der Kritik. Die bisherigen Maßnahmen der Europäischen Union, insbesondere im Rahmen von Artikel 7 EUV und laufender Vertragsverletzungsverfahren, haben bisher keine hinreichenden Verbesserungen herbeigeführt. Die ungarische Regierung setzt seit einigen Jahren auf eine Anti-LGBTIQ+ Politik, die darauf abzielt, alle nicht-heteronormativen Lebensweisen aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen.

Orbán kopiert die LGBTIQ+ feindselige Politik von Russland. Das ungarische Pride-Verbot ist die jüngste Ausgabe einer Reihe von queerfeindlicher Politik.¹ Das sogenannte „Anti-LGBTIQ+“ Gesetz ist ein Abklatsch des russischen „Anti-Propaganda-Gesetzes“, das die Zugänglichkeit zu queeren Inhalten erschweren soll und auch das Ziel hat die Feindlichkeit gegenüber der Community zu stärken.²

Es ist keine singuläre queerfeindliche Tendenz in Ungarn, sondern eine globale Entwicklung, die zunehmend die Rechte der queeren Community zerstören will. Unter Trump betreibt die amerikanische Regierung eine Anti-LGBTIQ+ Politik. Durch „Executive Orders“ lässt Trump

¹ <https://www.dw.com/de/ungarn-geht-mit-riesenschritten-in-richtung-russland/a-71986927>

² <https://www.amnesty.at/news-events/news/ungarn-queer-feindliches-gesetz-stigmatisiert-lgbtqiaplus-community/>

alles Sichtbare an queeren Begrifflichkeiten aus allen Datenbanken entfernen sowie wichtige Anti-Diskriminierungsgesetze, die queere Menschen schützen sollen, aufheben.³⁴

Auch in Österreich verfolgt die Kickl-FPÖ das gleiche Ziel: Sie spricht Minderheiten ihre Rechte ab und verfolgt eine menschenverachtende Politik gegenüber Queeren. FPÖ-Haimbuchner wettert gegen die Ehe für alle, der oberösterreichische Landtagsabgeordnete Michael Gruper warf eine Regenbogenfahne in den Müll und sprach von „linker degenerierter Politik“. Der niederösterreichische FPÖ-Chef Udo Landbauer sprach davon, das „Normale“ vor das „Abnormale“ zu stellen.⁵

Auch Hadja Lahbib, die EU-Kommissarin für Gleichstellung und humanitäre Hilfe, hat sich über das beschlossene Gesetz zum faktischen Pride-Verbot in Ungarn geäußert. Sie sagte: „Niemand in der Europäischen Union oder irgendwo sonst auf der Welt sollte verbergen müssen, wen er wirklich liebt. Die Entscheidung, die diesjährige Budapest Pride zu verbieten, ist nicht nur das Verbot eines Marsches, sondern ein Verbot von Grundrechten, eine Verletzung von Freiheit, Würde und Menschenrechten, die nicht zur Debatte stehen sollte. Die Freiheit der Meinungsäußerung und die friedliche Versammlungsfreiheit sind grundlegende europäische Werte, die für alle und überall bewahrt und garantiert werden müssen. Wir stehen an der Seite der LGBTQ+-Gemeinschaft in Ungarn und darüber hinaus. Gleichberechtigung steht nicht zur Debatte.“⁶

Die Bundesregierung setzt sich laut Regierungsprogramm für die Rechte von Minderheiten ein:

„Einsatz für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit

- Menschenrechte und internationales Recht stehen im Zentrum der österreichischen Außenpolitik.
- Kampf gegen die Verfolgung von Minderheiten, gegen Rassismus, Antisemitismus sowie die Verfolgung von Personen, die der LGBTQ+-Community angehören. (...)“

Es ist daher dringend geboten, dass sich Österreich auf europäischer Ebene entschlossen für eine Verschärfung der Maßnahmen gegen die ungarische Regierung einsetzt und sich solidarisch mit der queeren Community in Ungarn zeigt.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

³ <https://www.dw.com/de/usa-trump-kampf-gegen-diversity-lgbtq-vielfalt-teilhabe-inklusion-diskriminierung/a-71369595>

⁴ <https://mannschaft.com/a/erster-tag-im-amt-diese-lgbtq-rechte-machte-trump-rueckgaengig>

⁵ <https://www.derstandard.at/story/3000000260609/abnormal-und-links-degeneriert-wie-die-fpoe-gegen-lgbtq-wettert>

⁶ <https://de.euronews.com/2025/03/18/rauchbomben-im-parlament-ungarn-verbietet-pride-veranstaltungen>

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Nationalrat fordert die Bundesregierung auf, insbesondere die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten:

- das faktische Verbot der Budapest-Pride sowie alle anderen diskriminierenden Maßnahmen gegen die LGBTIQ+-Community in Ungarn auf das Schärfste zu verurteilen.
- sich auf EU-Ebene aktiv für eine Prüfung eines weiteren Vertragsverletzungsverfahrens gegen Ungarn wegen der Verletzung von Grundrechten einzusetzen.
- auf die Europäische Kommission hinzuwirken, damit sie die Anwendung von Artikel 7 EUV gegen Ungarn konsequent vorantreibt und bestehende Sanktionsmöglichkeiten voll ausschöpft.
- alle diplomatischen Kanäle zu nutzen, um mit Vertreter:innen der ungarischen Regierung über die Bedeutung von Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit zu sprechen und Verbesserungen einzufordern.
- verstärkt finanzielle und politische Unterstützung für ungarische LGBTIQ+-Organisationen bereitzustellen, um die Zivilgesellschaft in ihrem Kampf für Menschenrechte zu stärken.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Außenpolitischen Ausschuss vorgeschlagen.